

---

## **Fight Fortress Europe – D'dorf, 26.04.15**

---

Am vergangenen Sonntag sind infolge eines Schiffsunglücks auf dem Mittelmeer berichteweise 800 Menschen elendig ertrunken. Sie sind ertrunken bei dem Versuch, auf der Flucht aus ihrer Heimat per Schiff nach Europa zu gelangen. Das ist neu – so viele Menschen sind noch nie bei einem Schiffsunglück im Mittelmeer gestorben. Alles andere als neu ist allerdings die Erkenntnis, dass die EU – *Mare Nostrum* hin oder her – jährlich für den Tod Tausender und Abertausender Menschen verantwortlich ist. Die EU fährt unter dem führenden Einfluss Deutschlands weltweit eine aggressive Wirtschafts-, Entwicklungs- und Krisenpolitik, die – wie sollte es anders sein in einer kapitalistischen Welt – auf die wirtschaftliche und politische Dominanz der EU ausgerichtet ist. Leidtragende dieser Politik, das können wir an der gegenwärtigen Krisenbewältigungsstrategie in Griechenland, Spanien etc. sehen, die prekären Schichten der europäischen Staaten selber. Leidtragende sind aber auch und insbesondere die Bevölkerungen in der Peripherie des globalen kapitalistischen Verwertungszusammenhangs. Mit Handels- und Investitionsschutzabkommen, die TTIP bei weitem in den Schatten stellen, versucht das europäische Kapital globale Konkurrenz zu behindern und zwingt dadurch die Bevölkerung, sich unter prekären Verhältnissen bspw. in der Rohstoffförderung oder Textilindustrie zu verdingen, oder aber ihr Heil in der Flucht zu suchen. Wo nicht Handelsabkommen ihren wirtschaftlichen Interessen helfen, bedient sich die EU politischer und militärischer Mittel, um in Krisen einzugreifen, wie zum Beispiel in Libyen, um Krisen zu befördern, wie in der Ukraine, oder um Handelswege zu sichern, wie zum Beispiel vor Somalia. Auch hier agiert die EU, obwohl selber kein Staat im engeren Sinne, nicht anders als andere Staaten im Kapitalismus, wenn sie ihre wirtschaftlichen Interessen verfolgen.

Diese aggressive Politik der EU hat immer wieder zu Kritik von unterschiedlicher Seite geführt, die aber meist nur von einzelnen Parteien oder Organisationen getragen wurde. Demgegenüber reihen sich nach dem jüngsten Unglück von Globalisierungskritiker\*innen über Gewerkschaften bis zu linken Parteien, von der CDU über die Kirchen bis hin zur radikalen Linken alle in die Trauergemeinschaft ein. Warum jetzt?

Die schiere Grausamkeit des jüngsten Unglücks und die räumliche Nähe lassen es verständlich erscheinen, dass auch aus Kreisen, die die tödlichen Folgen der europäischen

Politik ansonsten kalt lassen, Reaktionen des Schreckens und der Abscheu ob der Untätigkeit der Verantwortlichen auftauchen.

Anders als bei den bisherigen Unglücken aber, bei denen die Forderungen nach politischer Abhilfe marginal blieben, zeichnet sich mittlerweile eine gesellschaftliche Mehrheit für eine Regelung der Migration ab. Während die einen dabei von globaler Bewegungsfreiheit und umfassendem Asyl sprechen, reden die anderen von kontrollierter Migration und Punktesystemen. Und was macht die EU? Die erste Reaktion der EU ist ein Maßnahmenkatalog, der sich hauptsächlich damit beschäftigt, wie Flüchtlinge weiterhin davon abgehalten werden können, nach Europa zu gelangen. Unter den Reaktionen auf diesen Maßnahmenkatalog finden sich, neben einer ausführlichen Kritik, Stimmen, die aus wirtschaftlichen Beweggründen eine Reform der Zuwanderungsregeln befürworten. Absehbar ist schon jetzt, worauf diese bürgerliche Farce hinausläuft: die halbherzige Ausweitung der Seenoithilfe im Mittelmeer und eine mäßige Reform der Zuwanderungsgesetze hin zu einer nach wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitsüberlegungen ausgerichteten legalen Migration. Bisher hat die EU eine quasi-totale Abschottungspolitik geführt. Aufgrund der demographischen Entwicklung in Europa und dem aus dem Bildungssystem und der wirtschaftlichen Entwicklung begründeten Bedürfnis nach qualifizierten Arbeitskräften wird sie nun – mit Deutschland vorneweg – stärker als bisher zu einem zweigleisigen Modell der Migration finden: wirtschaftlich erwünschten Zuwanderungswilligen wird die Einwanderung und Beschäftigung ermöglicht; die Unerwünschten aber müssen weiter draußen bleiben und sich mit ihrem Elend abfinden, oder aber bei der versuchten illegalen Einreise auf die Rettungsmaßnahmen der EU hoffen. Vor dem Hintergrund, dass eine grundsätzliche Änderung der Einwanderungspolitik der EU auch nach den jüngsten Vorfällen nicht absehbar ist, wirkt die Debatte um eine angemessene Reaktion und das konsensuale „So geht's nicht weiter!“ um so absurder. Bisher stellte der rassistische Diskurs die ideologische Legitimation für die Politik der Abschottung dar. Der Wandel in diesem Diskurs und das vermehrte Auftauchen von Stimmen, die sich für eine Lockerung der Einwanderungsbestimmungen einsetzen, stehen für einen Wandel in der politischen Ausrichtung als Reaktion auf gewandelte ökonomische Verhältnisse. Der Grund für diesen Wandel im ideologischen Diskurs sind die gewandelten ökonomischen Verhältnisse und die daraus folgenden ökonomischen Bedürfnisse. Und bei aller Differenz zwischen den politischen Forderungen aus den unterschiedlichsten Lagern bewegt sich der jetzige Diskurs doch vor dem Hintergrund bestimmter Voraussetzungen. Diese Voraussetzungen, das sind das unbedingte Primat der wirtschaftlichen Interessen des

europäischen Kapitals und die Unterordnung der politischen Handlungen und der Migration von Menschen unter diesen Zweck.

Wie ist diesem einfältigen Diskurs aus einer emanzipatorischen Sicht zu begegnen? Wie sieht eine radikale Haltung, d. h. eine im wörtlichen Sinne an die Wurzeln gehende Haltung gegenüber diesem volkstümlichen Konsens aus? Angesichts Tausender Toter, die es, wenn auch nicht nach Europa, so doch zumindest in das gesellschaftliche Bewusstsein in Europa geschafft haben, ist Untätigkeit keine Option. Trotz der doppelbödigen Betroffenheit und den widerwärtigen Versuchen, die Abschottungspolitik mit humanistischen Begründungen schönzureden, gilt es, sich in die Niederungen der Realpolitik zu begeben und konkret zu intervenieren, wie wir es hier mit dieser Demonstration tun. Es geht darum, die unmenschlichen Folgen der herrschenden Verhältnisse aufzuzeigen und Abhilfe zu fordern. Es geht darum, menschlich zu sein und Menschlichkeit einzufordern.

Aber eine emanzipatorische, eine radikale Haltung hat mehr zu leisten. Sie hat den Bruch mit den Verhältnissen zu leisten. Eine radikale Kritik hat aufzuzeigen, dass es sich nicht nur um einfache Folgen der herrschenden Verhältnisse handelt, sondern dass sie *notwendig* aus diesen Verhältnissen folgen. Sie muss zeigen, dass es nicht einfach damit getan ist, den Folgen Abhilfe zu leisten. Es reicht eben nicht, ein Seenotrettungsprogramm aufzulegen oder den Norden Afrikas politisch zu stabilisieren. Es genügt nicht, die Einwanderungsbestimmungen für einige zu lockern und den Rest in seinem Elend zu lassen. Aber: es ist auch nicht damit getan, den Politiker\*innen ihre unmenschliche Politik vorzuwerfen und sich auf seiner Kritik auszuruhen. Wenn die herrschenden Verhältnisse Leid und Elend produzieren, kann die Antwort nur eine Aufhebung dieser Verhältnisse sein: Die Unmenschlichkeit verschwindet erst mit den unmenschlichen Verhältnissen. Die emanzipatorische Haltung ist also diejenige Bewegung, die sich gegen die herrschenden Verhältnisse wendet und nicht nur ihre Folgen, sondern ihre Bedingungen bekämpft. Die emanzipatorische Haltung ist diejenige Bewegung, deren Kritik nicht in der Theorie verbleibt, sondern praktisch wird. Die emanzipatorische Haltung, das ist diejenige Bewegung, die auf die Umstürzung der Verhältnisse geht. Die emanzipatorische Haltung, das ist der Kommunismus.

Wir klagen den Massenmord im Mittelmeer an, wir kämpfen für globale Bewegungsfreiheit. Wir kritisieren den kapitalistischen Verwertungszusammenhang, wir kämpfen für seinen Umsturz.

Schleift die Festung Europa, für den Kommunismus!